

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

## **Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung stärken**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales führt mindestens zweimal jährlich eine Jugendausschuss-Sitzung durch.

Die Tagesordnungspunkte werden von Kindern und Jugendlichen vorgeschlagen. Zu diesem Zweck fragt die Verwaltung mögliche Themen bei Schulen, Kitas, Vereinen, aber auch Organisationen wie z.B. der Jugendfeuerwehr, den Kirchen oder dem Kinderschutzbund an.

Zusätzlich schafft die Stadt Eutin eine geeignete Internetplattform zur individuellen Beteiligung junger Menschen.

Die Tagesordnung wird in gewohnter Weise erstellt.

Die Tagesordnung wird dann, gemeinsam mit einer rechtzeitigen Einladung, den Kindern und Jugendlichen bekannt gegeben.

Zur Interessenvertretung jüngerer Kinder werden explizit auch deren Erziehungsberechtigte eingeladen.

Die Sitzungen sind öffentlich.

Die Ergebnisse und Beschlüsse der Sitzungen werden den Kindern und Jugendlichen in geeigneter Weise übermittelt.

### **Begründung:**

Kinder und Jugendliche interessieren sich für Themen der Kommunalpolitik, die sie selber betreffen, finden allerdings nur schwer den Kontakt zu kommunalen Gremien und Entscheidungsträgern. Wichtige Themen sind z. B.

- Spiel- und Sportmöglichkeiten, Freizeitorte
- Gestaltung und Ausstattung von Kitas und Schulen
- Verkehrssicherheit
- Mobilität

- Zugangsmöglichkeiten zum Internet
- Ausbildungsmöglichkeiten
- soziales Engagement
- Nachhaltigkeit und Umweltschutz
- multikulturelle Vielfalt<sup>1</sup>

Versuche, Jugendliche dauerhaft in Jugendparlamenten einzubinden sind in der Vergangenheit häufig gescheitert. Auch die Resonanz auf Kindersprechstunden des Bürgermeisters in Eutin war in der Vergangenheit nicht durchschlagend.

Um eine dauerhafte Beteiligung junger Menschen, die ihnen nach der UN-Kinderrechtskonvention und nach der schleswig-holsteinischen Kommunalverfassung zusteht, zu erreichen, sollten deshalb themen- und projektorientierte Ansätze verfolgt werden.

Erwachsene Kontaktpersonen (LehrerInnen, TrainerInnen, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen etc.) können als Mittler in den Prozess der politischen Willensbildung unter Jugendlichen einbezogen werden, indem sie die Anregungen und Wünsche der Jugendlichen und Kinder kommunizieren.

In eigenen Jugendausschüssen können die Betroffenen dann mit Kommunalpolitikern ihre Anliegen diskutieren und direkt Entscheidungsprozesse mitverfolgen.

Nach der erfolgreichen Etablierung des Jugendausschusses ist über weiterreichende Beteiligungsformen nachzudenken.

Eutin, den 26.04.2016

Christiane Balzer

---

<sup>1</sup> Nach: Kommunale Kinder- und Jugendarbeit stärken! Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ